



Ein „Green Deal“ für ein klimaneutrales Europa bis 2050

Die neue EU-Kommission will die Europäische Union zur ersten klimaneutralen Region entwickeln. Der sogenannte „Green Deal“ wird zum Kernvorhaben der nächsten Jahre und maßgeblich die Politik in den Bereichen Energie, Verkehr, Gebäude, Industrie, Landwirtschaft und Finanzen beeinflussen.

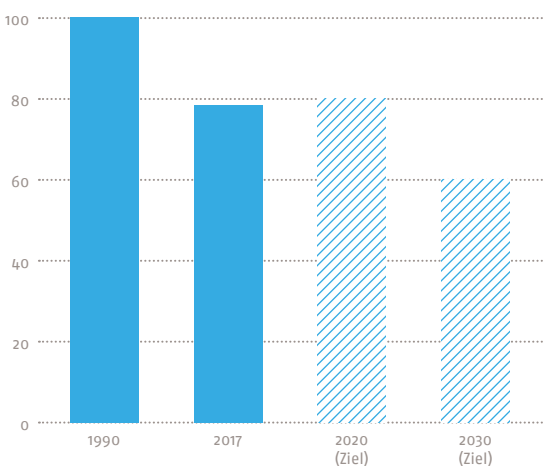
Der Gassektor spielt eine Schlüsselrolle für den Klimaschutz: Gaskraftwerke und -infrastruktur sind wegen der wetterabhängigen Stromerzeugung der Erneuerbaren Energien essentiell für die Versorgungssicherheit Europas. Da die derzeitige Marktlage für den Neubau kaum Anreize bietet, braucht es einen klaren Investitionsrahmen für neue gesicherte Kraftwerkskapazitäten. Zugleich bietet Erdgas sektorübergreifend Potenziale zur CO₂- und Schadstoffminderung.

Unter Umweltgesichtspunkten kann der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft weitere Potenziale erschließen. Notwendig sind Anreize und Förderung für Power-to-Gas-Anlagen. Dass sich erneuerbarer Strom in „grünes Gas“ verwandelt, erfordert einen stimulierenden Rechtsrahmen und Vorgaben, z. B. eine Beimisch-Quote für Wasserstoff. Im Gebäudesektor können Wärmenetze wirksam die CO₂-Bilanz senken, da sie erneuerbare Energien in großen Mengen in die Gebäude bringen.

Für einen Erfolg des „Green Deal“ ist es notwendig:

- **Regulatorische Hemmnisse für Sektorenkoppelung abzubauen.**
- **Konventionelles und grünes Gas als Teil der neuen Energiewelt zu sehen.**
- **Wärmenetze im Gebäudebereich stärker zu berücksichtigen.**

Entwicklung Treibhausgas-Emissionen EU-28 in CO₂-Äquivalenten

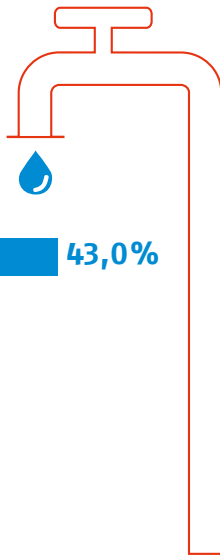


Quelle: Eurostat 2019 © Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Wie oft trinken Sie Leitungswasser?

Leitungswasser ist das Lebensmittel Nummer 1. Über 90 Prozent der Deutschen trinken es unmittelbar – zwei Drittel sogar mehrmals täglich oder fast jeden Tag. Die Lieferung erfolgt frei Haus und ist dabei noch unschlagbar günstig.



MEHRMALS TÄGLICH

43,0%

JEDEN ODER FAST JEDEN TAG

24,0%

AB UND ZU

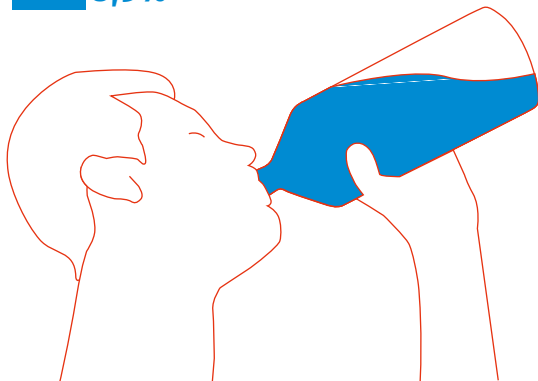
16,6%

SELTEN

7,9%

NIE

8,5%



Trinkwasser hat oberste Priorität

Die Verhandlungen zur Revision der Trinkwasserrichtlinie befinden sich auf der Zielgeraden. Der VKU begrüßt das Engagement der EU-Institutionen, die Trinkwasserrichtlinie an die aktuellen Rahmenbedingungen anzupassen. In Deutschland liefern die kommunalen Unternehmen den Bürgern Trinkwasser bester Qualität – und zwar im Durchschnitt 123 Liter Trinkwasser je Einwohner und Tag. Die Verbraucher bewerten die Qualität des Wassers aus dem Hahn als „sehr gut“ bis „gut“ (83 Prozent). Das belegen aktuelle Ergebnisse der vom VKU unterstützten Langzeitstudie „Qualität und Image von Trinkwasser in Deutschland“ (TWIS 2019). Fast 93 Prozent der Befragten geben zudem an, Wasser aus dem Wasserhahn zu trinken, mehr als zwei Drittel tun das ein- bis mehrmals täglich.

Dauerhafte Herausforderung: Qualität des Trinkwassers schützen

Der VKU unterstützt die zahlreichen wichtigen Verbesserungen, die das Europäische Parlament und der Ministerrat in ihren Positionen zur Trinkwasserrichtlinie vorsehen. Ziel muss dabei sein, die Qualität des Trinkwassers und die Versorgungssicherheit in der EU auch in Zukunft zu gewährleisten, ohne zusätzliche bürokratische Hürden einzuführen. Das erfordert auch eine enge Verzahnung der Politikfelder, damit Maßnahmen in anderen Bereichen wie Landwirtschaft und Industrie zur Reduktion des Eintrags von Schad- und Nährstoffen in Gewässer beitragen.

In Anlehnung an die Verhandlungsmandate von Parlament und Rat empfiehlt der VKU, folgende Verbesserungen von Parlament und Rat zu berücksichtigen:

- **Die Anpassung der Parameter und Grenzwerte auf Basis der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und die Wiedereinführung der Indikatorparameter.**
- **Die Notwendigkeit einheitlicher Vorgaben für Materialien in Kontakt mit Trinkwasser.**
- **Die Anpassung der Probenahme-Häufigkeiten an das bestehende System.**
- **Die weitere Zulassung von Abweichungen von Parameterwerten.**

Quelle: TWIS-Studie, Institut für empirische Sozial- und Kommunikationsforschung e.V. – Stand 2019

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)





Trinkwasserrichtlinie umsetzbar halten

Bei den abschließenden Verhandlungen auf EU-Ebene zur Revision der Trinkwasserrichtlinie muss es aus Sicht des VKU darum gehen, dass die Vorgaben der Trinkwasserrichtlinie auch in der Praxis umsetzbar sind. Es dürfen keine zusätzlichen bürokratischen Hürden und kein unverhältnismäßiger Aufwand für die kommunalen Wasserversorger und damit für ihre Kunden entstehen, solange dies nicht dem Ziel der Sicherung der Trinkwasserqualität dient. Dies gilt insbesondere für die Ausgestaltung des risikobasierten Ansatzes und die neuen Pflichten zur Information der Verbraucher.

Gesundheitsschutz konsequent verfolgen

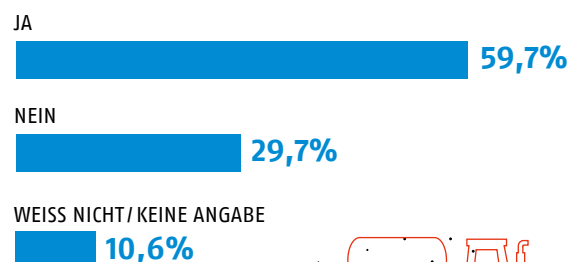
Bei der Trinkwasserrichtlinie steht die Sicherung der Trinkwasserqualität im Fokus. Sie hat das Ziel, die menschliche Gesundheit bestmöglich zu schützen. Entsprechend sollte auch eine überarbeitete Richtlinie weiterhin das Ziel verfolgen, den Schutz der menschlichen Gesundheit und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Darauf müssen alle Vorgaben ausgerichtet werden, auch die Informationspflichten. Das bedeutet außerdem, dass eine Vermischung von Anforderungen des Gesundheits- und des Umweltschutzes verhindert werden muss. Bei Mikroplastik und Stoffen mit endokriner Wirkung fehlen eine einheitliche Analytik sowie klare wissenschaftliche Erkenntnisse bezüglich ihrer Gesundheitsrelevanz, ohne die eine Festlegung von Qualitätszielen in der Richtlinie nicht möglich ist.

Um die Umsetzbarkeit der Trinkwasserrichtlinie und die konsequente Verfolgung ihres Ziels sicherzustellen, empfiehlt der VKU:

- **Eine angemessene Ausgestaltung des risikobasierten Ansatzes.**
- **Eine Konzentration der Informationspflichten auf die Qualität des Trinkwassers und die Versorgungssicherheit.**
- **Keine neue Regelung für Pestizide und deren Metaboliten wie vom Ministerrat vorgeschlagen.**
- **Keine qualitativen Vorgaben zu Mikroplastik und Stoffen mit endokriner Wirkung.**
- **Keine Festlegung nationaler oder gar europaweiter Leckgeräten.**

TWIS-Studie 2019

Haben Sie Befürchtungen, dass sich Ihr Trinkwasser oder die Versorgung mit Trinkwasser in Zukunft verschlechtern könnte?



Quelle: TWIS-Studie, Institut für empirische Sozial- und Kommunikationsforschung e.V. – Stand 2019

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Verband kommunaler Unternehmen e.V.
German Association of Local Public Utilities

Büro Brüssel 9-31,
Avenue des Nerviens, 1040 Bruxelles
Fon +32 2 740 16 50
infobruessel@vku.de
www.vku.de/bruessel

Direkt zur Themenseite Europa:



Für eine verantwortungsvolle und faire Datenwirtschaft

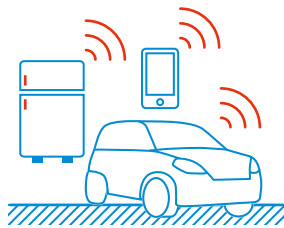
Auch die öffentliche Daseinsvorsorge kann von der Datenökonomie profitieren, z. B. die intelligente und sektorübergreifende Steuerung der Städte. Kommunale Unternehmen haben dabei eine besondere Verantwortung für ein hohes Datenschutzniveau, denn sie verfügen über die Daten der Bürger und müssen als Betreiber kritischer Infrastrukturen ihre IT-Systeme schützen. Alle datenschutzrechtlichen Initiativen auf EU-Ebene müssen eine Balance finden: ein hohes Schutzniveau sichern und digitale Wertschöpfung und Innovationen ermöglichen.

Für die Datenweitergabe und -nutzung bedarf es einer „Daten-Strategie“ für öffentliche und private Unternehmen. Ziel muss ein konsistenter und klarer Rechtsrahmen sein, der gleiche Regeln schafft. Öffentliche Unternehmen stehen genauso im Wettbewerb wie private – sie sind keine Behörden! Sie einseitig zur kostenlosen Datenherausgabe zu verpflichten, gefährdet ihre Zukunft. Um datengetriebene Geschäftsmodelle und Innovationen zu erleichtern, müssten vielmehr auch private Unternehmen Daten in vertrauenswürdigen Räumen zugänglich machen.

Die europäische Datenwirtschaft braucht einen klaren und passenden Rahmen:

- **Ausgleich von Sicherheit und Wirtschaftsfreundlichkeit bei Datenschutz und Cyberabwehr.**
- **Gleiche Regeln und Anforderungen für öffentliche und private Unternehmen bei der Datenweitergabe und -nutzung.**

Digitaler Binnenmarkt



2020 werden rund

6 Mrd. Geräte

*in der Europäischen Union
digital miteinander verbunden
sein – zehn Mal mehr als 2016.*

Quelle: EU-Kommission 2017 © Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt rund 1.500 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit mehr als 268.000 Beschäftigten wurden 2017 Umsatzerlöse von mehr als 116 Milliarden Euro erwirtschaftet und rund 10 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen große Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 61 Prozent, Erdgas 67 Prozent, Trinkwasser 86 Prozent, Wärme 70 Prozent, Abwasser 44 Prozent. Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 68 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Immer mehr kommunale Unternehmen engagieren sich im Breitband-Ausbau. Ihre Anzahl hat sich in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt: Rund 180 Unternehmen investierten 2017 über 375 Mio. EUR. Seit 2013 steigern sie jährlich ihre Investitionen um rund 30 Prozent und bauen überall in Deutschland zukunftsfähige Infrastrukturen (beispielsweise Glasfaser oder WLAN) für die digitale Kommune aus.

Datenwirtschaft



Direkt zu [Umsetzung der PSI-Richtlinie](#)

